

Dr. Ulrike Schneider | Krumme Gasse 30 | 97421 Schweinfurt



Dr. Ulrike Schneider
Mitglied des Stadtrats
Stv. Fraktionsvorsitzende SWL/FW

Krumme Gasse 30
97421 Schweinfurt
Ruf (09721) 80 10 60
Fax (09721) 8 30 31
rike.schneider@icloud.com

Schweinfurt, den 14. Mai 2018

Antrag Mehrweg statt Einweg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Remelé,

die Einweg-Becherflut nimmt seit Jahren stetig zu. In Deutschland werden stündlich 320.000 Einwegbecher verbraucht, pro Jahr sind das fast drei Milliarden. Für deren Herstellung werden zehntausende Tonnen Holz und Kunststoff sowie Milliarden Liter an Wasser benötigt, gleichzeitig entstehen CO2 Emissionen von rund 83.000 Tonnen.

Wie kaum ein anderes Produkt stehen einmalig genutzte Coffee to go Becher für die moderne Wegwerfgesellschaft. Dabei ist der Schutz unserer Ressourcen neben dem Schutz des Klimas eine der zentralen umweltpolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Schon jetzt verbrauchen wir mehr Rohstoffe als unser Planet zur Verfügung stellt. Es ist unumgänglich, dass wir unsere derzeitigen Konsumgewohnheiten ändern und nachhaltige Verhaltensweisen entwickeln.

Doch trotz der Abfallvermeidungsstrategien der Bundesregierung und trotz der Pläne der Europäischen Kommission zeichnet sich in den letzten Jahren ein deutlicher Trend zu mehr Verpackungsabfällen und zu immer mehr Coffee to go Bechern ab. Ohne entsprechenden Druck von politischer Seite wird sich das Nutzungsverhalten von Verbrauchern nur in einem sehr begrenzten Umfang ändern lassen.

Im Namen der Schweinfurter Liste/Freie Wähler stelle ich daher folgenden Antrag:

1. Die Stadt möge prüfen, welche gegensteuernde Maßnahmen in Absprache mit den Marktteilnehmern (Cafés, Bäckereien, Schnellimbisse etc.) in Schweinfurt vorstellbar sind
 - Anreizsystem: Rabatte auf Kaffee in Mehrwegbechern
 - Rückgabesystem: Mehrweg auf Pfandbasis
2. Die Stadt setzt sich bei der Bayerischen Staatsregierung für die Einführung einer Abgabe auf Einwegbecher ein. Diese ist sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene als Verbrauchsteuer ohne rechtliche Bedenken umsetzbar.
3. Die Stadt veranlasst eine Bestandsaufnahme aller Automaten, die in städtischen Liegenschaften aufgestellt sind, um auch das eigene städtische Handeln zu reflektieren und gegebenenfalls Änderungen herbeizuführen.

Kostendeckung:

Es entstehen zunächst keine Kosten.

Mit freundlichen Grüßen,

Ulrike Schneider

Dr. Ulrike Schneider
Stadträtin